

Georg Schmid

Präsident- schafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua am 4. November 2001

■ Historische Entwicklung seit 1987

Der im August 1987 von den fünf zentralamerikanischen Staaten in Esquipulas (Guatemala) unterzeichnete regionale Friedensplan führte in Nicaragua nach mehreren Rückschlägen zu vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (Februar 1990) und zu einer umfassenden Amnestie und einer Wahlgesetzreform. 1989 schloss sich der größte Teil der Opposition zum Wahlbündnis UNO zusammen. UNO-Präsidentschaftskandidatin Violeta Barrios de Chamorro gewann schließlich die Wahlen vom 25. Februar 1990 mit 54,7 Prozent der Stimmen. Der Wählerentscheid wurde von der sandinistischen Führung akzeptiert. Auffallend war die überraschend konstruktive Zusammenarbeit der Präsidentin mit dem politischen Gegner, die im Regierungslager vielfach auf harte Kritik stieß. Streiks und Demonstrationen sowohl der sandinistischen Gewerkschaften als auch der der UNO nahestehenden Gruppierungen sowie Kämpfe mit wiederbewaffneten, von der politischen, aber vor allem wirtschaftlichen Entwicklung frustrierten Ex-Contras (*recontras*) und ehemaligen Soldaten der sandinistischen Armee (*recompas*) zeigten die schwache Regierungsbasis der Präsidentin. Im Januar 1993 verlor sie auch formell die Unterstützung der UNO-Mehrheit. Trotz der Zersplitterung des rechts-konservativen bis bürgerlichen Spektrums und des nach wie vor hohen Organisationsgrads der Sandinisten setzte sich bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1996 mit Arnoldo Alemán vom Partido Liberal Constitucionalista (PLC),

Mit dem sogenannten *Pacto Político* zwischen der liberalen Regierungspartei (PLC) Alemáns und dem FSLN Ortegas wurde über Verfassungsänderungen im Januar 2000 der *Bi-Polarismo* festgeschrieben. Bei den Wahlen am 4. November 2001 traten nur noch drei Parteienbündnisse an. Es gewann der Partido Liberal Constitucionalista (PLC); Enrique Bolaños Geyer, der Kandidat der *Convergencia*, wurde zum neuen Staatspräsidenten gewählt und der Sandinist Daniel Ortega verlor zum dritten Male nacheinander die Wahlen. Daniel Ortega musste gegen seine unrühmliche Vergangenheit ankämpfen. Gegen ihn sprachen sich ganz offen die USA, die katholische Kirche wie der Unternehmerverband von Nicaragua aus. Der neue Präsident tritt ein schweres Erbe an, denn Nicaragua ist hochverschuldet und steckt in einer tiefen sozialökonomischen Krise.

erneut ein Vertreter des konservativen Lagers durch. Alemans Beliebtheit sank sehr schnell, vor allem, weil unter seiner Regierung die Korruption ausuferte und weil seine rechtskonservative Politik zunehmend an Somoza erinnerte. Seine neoliberale Wirtschaftspolitik brachte noch mehr Elend und Armut über das Land. Nur eine kleine wirtschaftlich aktive Oberschicht profitiert gegenwärtig hiervon. Der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte sich noch mehr. Die Wahl von Dr. Arnaldo Alemán zum Präsidenten war der erste Übergang einer demokratisch gewählten Regierung auf eine ebenfalls demokratisch legitimierte Regierung. Die Regierung Alemán konnte auf den politischen Erfolgen der Vorgängerregierung unter Violeta Chamorro aufbauen. Vordringliches Ziel der Vorgängerregierung war eine Politik der nationalen Versöhnung. Diese beinhaltete den Übergang vom Krieg zum Frieden, die Demokratisierung des politischen Systems und den Übergang von der Kriegs- zur Marktwirtschaft. Dieser dreifache Transformationsprozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

■ Die politischen Parteien

Die nicaraguanische Parteienlandschaft war immer stark zersplittert und durch ständige Spaltungen geprägt. Für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeindewahlen am 20. Oktober 1996 hatten sich mehr als 35 Parteien beim Obersten Wahlrat eingeschrieben, von denen 23 zugelassen wurden.

Das 1989 gegründete Bündnis von 14 antisandinistischen Parteien, die Unión Nacional Opositora (UNO), wurde im Februar 1993, nachdem vier Parteien ausgetreten waren, in Alianza Política Opositora (APO) umbenannt. Nachdem 1994 drei weitere wichtige Parteien ausgeschieden waren, um zusammen mit den Sandinisten die Verfassungsreform zu verabschieden, löste sich das Bündnis bis auf vier Parteien weitgehend auf.

Auf der Linken kam es 1995 zur Spaltung des Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), nachdem der ehemalige Vizepräsident Sergio Ramirez aus der Partei ausgetreten war und die sandinistische Erneuerungsbewegung Movimiento Renovador Sandinista (MRS) gegründet hatte, die aber bei den Anhängern der sandinistischen Bewegung nur über eine geringe Basis verfügte.

■ Verfassungsänderungen in den Jahren 1987 und 1995

Am 9. Januar 1987 verabschiedete die von den Sandinisten dominierte Nationalversammlung eine Verfassung, die sich zu den Prinzipien des Pluralismus, der gemischten Wirtschaft und der Blockfreiheit bekennt. In lateinamerikanischer Tradition sieht die Verfassung jedoch eine starke Exekutive vor. Legislative ist die 93 Mitglieder zählende Nationalversammlung, in die zusätzlich die stimmenstärksten, aber unterlegenen Präsidentschaftskandidaten kooptiert werden.

Ende 1993 bildete sich im Parlament eine Allianz von Sandinisten und gemäßigten UNO-Parteien (GC, UDC, MDN, APC), um 67 der 202 Verfassungsartikel zu ändern. Diese Gruppe verfügte über die für eine Verfassungsreform notwendige Mehrheit von 60 Prozent im Parlament. Die Reform zielte auf eine Stärkung der Legislative gegenüber der Exekutive und sieht u.a. ein stärkeres Mitspracherecht des Parlaments bei Budget- und internationalen Finanzfragen, Reduzierung der Amtszeit des Präsidenten von sechs auf fünf Jahre und die Einführung eines zweiten Wahlganges, wenn keiner der Kandidaten 45 Prozent der Stimmen erhält, vor. Die im Februar 1994 vom Parlament bestätigte Änderung wurde jedoch von der Präsidentin zunächst nicht anerkannt. Hauptstreitpunkt war ein Artikel, der der Präsidentin und ihren nächsten Angehörigen die Wiederwahl verwehrte. Der mehr als ein Jahr dauernde Verfassungsstreit zwischen Exekutive und Legislative wurde im Juni 1995 unter Vermittlung von Kardinal Obando y Bravo und unter Druck der internationalen Geber zunächst beigelegt, indem einige Änderungen abgeschwächt wurden.

Mit der geänderten Verfassung von 1995 wurde das Gleichgewicht in der Gewaltenteilung wiederhergestellt und die Demokratie insgesamt gestärkt. Insbesondere die Legislative und Judikative profitieren von diesen Reformen. Das Parlament wurde in seinen Kompetenzen aufgewertet und ließ sich in der Folgezeit nicht mehr nur als „Resonanzkörper“ der Regierung abqualifizieren. In der Verfassung wurde erstmals der „Soziale Rechtsstaat“ als Ordnungsprinzip verankert. Der Judikative wurde finanzielle Autonomie zugesichert und ein erweiterter Oberster Gerichtshof eingerichtet, wobei vor allem der Verfas-

sungssenat in Zukunft bei der weiteren Entwicklung des Rechtsstaates eine äußerst wichtige Rolle spielen wird.

Ebenso wurden durch die verfassungsrechtliche Verankerung der kommunalen Direktwahlen, der Volksbefragung und des Volksentscheides die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung erweitert. Im Rahmen eines Dezentralisierungsprozesses konnte ferner den Gemeinden die politische, administrative und finanzielle Autonomie zugesichert werden.

Die Kommunalwahlen (vierjährig) werden zukünftig getrennt von den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (fünfjährig) durchgeführt.

■ Verfassungsänderungen im Jahre 2000

Nach der von 1990 bis 1996 währenden Regierungszeit Chamorros, die die Grundlage für die Konsolidierung der Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung in Nicaragua gelegt hatte, stellte sich eine gewisse Stagnation im Demokratisierungsprozess ein. Eine Regierung, die erneut, statt die Demokratie zu vervollkommen, Züge von Autoritarismus, Sektierertum und Korruption annahm, brachte neue politische Unruhe nach Nicaragua, die ihrerseits wiederum zu einer Polarisierung führte, die die nationale Entwicklung negativ beeinflusste. Im Unterschied zu den früheren (vorrevolutionären) Dekaden besteht das polarisierte Zweiparteiensystem jedoch nicht mehr nach dem traditionellen Muster zwischen den Konservativen und Liberalen. Das liberale und konservative Lager zusammengenommen sieht sich vielmehr der Sandinistischen Front gegenüber.

Mit dem sogenannten Pacto Político verschafften sich die regierende Liberale Partei (PLC) Alemans und der FSLN Ortigas im Parlament die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für weitgehende Verfassungsänderungen, die in ihrer politischen Wirkung eine Absicherung der politischen Spitze des Landes (dauerhafte Immunität) sowie eine Festschreibung des neuen Bipolarismus zur Folge hatten. Folgende Verfassungsänderungen (einschließlich der Änderungen des Wahlgesetzes) wurden im Januar 2000 vom Parlament beschlossen:

- Präsident Alemán und sein Vizepräsident Bolaños werden nach Beendigung ihrer Amtszeit automatisch Abgeordnete des Parlamentes,

- Einführung einer Contraloría Colegiada. An die Stelle des Präsidenten des Rechnungshofes (Agustín Jarquín Anaya) tritt ein fünfköpfiges, vom Parlament gewähltes Kollegium, das aus diesem Gremium jährlich den Präsidenten bestimmt. Die neue Zusammensetzung war: 2 PLC, 2 FSLN, Agustín Jarquín Anaya. Da somit der renommierte Präsident des Rechnungshofes zur von der Bipolarität bestimmten Minderheit wurde, blieb ihm nur der Rücktritt vom Amt.
- Modifizierung der Struktur des Obersten Gerichtshofes und Erweiterung dieser Kammer von zwölf auf 16 Richter;
- Modifizierung der Struktur des Obersten Wahlrates (CSE) und Erweiterung von fünf auf sieben Mitglieder. Bei der ohne Begründung um ein Jahr vorgezogenen Neuwahl des Obersten Wahlrates ergab sich ebenfalls eine bipolar bestimmte Struktur: 3 PLC, 3 FSLN, Präsident ist PLC.
- Festlegung von nunmehr 35 Prozent der Wählerstimmen, um eine Wahl zur Präsidentschaft gewinnen zu können, allerdings mit einer Differenz von fünf Prozent zum Zweitplatzierten.
- Gewählt ist allerdings der Präsident und Vizepräsident bereits, wenn er 40 Prozent der gültigen Stimmen erhält. Erreicht kein Kandidat die vorgegebenen Kriterien, wird eine zweite Wahlrunde durchgeführt.
- Ein Präsidentschaftskandidat muss mindestens vier Jahre vor der Wahl eine andere Nationalität abgelegt haben, um sich für die Präsidentschaft bewerben zu können.

Mit diesen Änderungen wurden auch einschneidende Modifizierungen des Wahlgesetzes in Kraft gesetzt.

Dieses neue Wahlgesetz wurde als „Wahlverhinderungsgesetz“ bezeichnet, denn es verhindert, dass die kleineren Parteien eigenständig an den Wahlen teilnehmen können. Sie verlieren unter Umständen alles: ihre juristische Persönlichkeit, ihren Namen und letztlich ihre über Jahre hinweg gepflegte Identität. Dies hängt von den neuen Regeln des Wahlgesetzes ab.

- a) Für die künftige Wahlteilnahme muss eine Partei mindestens drei Prozent der Stimmen (= 73 000) der wahlberechtigten Bürger von 1996 auf einem Protokollformular mit Unterschrift und *cedula*-Nachweis belegen können. Die Überprüfung findet

durch den CSE statt, was Manipulationen ermöglicht.

- b) Als neue Regelung wurde weiterhin die Vier-Prozent-Klausel eingeführt. Gewinnt nun eine Partei bei den Wahlen nicht vier Prozent der wahlberechtigten Bürger für sich, verliert sie ihre juristische Persönlichkeit, den Parteinamen, etc. Falls sich Parteien zu Allianzen zusammenschließen, addieren sich die vier Prozent pro Partei, solange diese in der Allianz die Eigenständigkeit behalten wollen.
- c) Patriotische Symbole und der Name Nicaragua dürfen nicht mehr im Parteinamen erscheinen (damit hatten FSLN und PLC keine Probleme).
- d) Politische Bewegungen, Bürgerinitiativen und Wählergruppen wurden eliminiert.
- e) Eine Gewährung von Zuschüssen zur Finanzierung des Wahlkampfes erfolgt erst nach der Wahl und auch nur für Parteien, die die Vier-Prozent-Hürde übersprungen haben.

Diese Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen hatten zur Folge, dass die Parteien der Mitte und damit praktisch die politischen Kräfte, die sich zur Unterstützung von Violeta Barrios de Chamorro in der UNO zusammengeschlossen hatten, ihre Rechtspersönlichkeit und folglich die Möglichkeit, an künftigen Wahlen teilzunehmen, verloren.

Lediglich zwei Parteien erfüllten nach den Wahlen von 1996 die Zugangsvoraussetzungen des neuen Wahlgesetzes: die FSLN und der Partido Camino Cristiano (PCC), die beide mehr als drei Prozent erzielten. Der PLC war in einer liberalen Allianz angetreten und musste nun ebenfalls die gesetzlich vorgeschriebene Unterschriftenaktion durchführen, was für diese Partei kein Problem darstellte.

■ Die Kommunalwahlen vom 5.11.2000

Diese Wahlen wurden in 151 Gemeinden erstmals getrennt von den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Nach zehn Jahren gelang es wieder einem Sandinisten, dem Unternehmer Herty Lewites, mit 44 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister von Managua gewählt zu werden.

Der FSLN konnte in elf von 17 Departamentshauptstädten gewinnen, der PLC in fünf, der PC gewann überraschend die Departamentshauptstadt Granada. Damit hatte sich das Ergebnis gegenüber

den Wahlen von 1996 fast umgekehrt. 1996 konnte der FSLN nur in fünf Städten gewinnen, der PLC dagegen in zwölf.

Von den 151 Gemeinden (1996 noch 145) stellt der PLC allerdings in 94 Gemeinden (1996: 91) den Bürgermeister, der FSLN in 52 (1996: 52) und der PC in fünf Gemeinden (1996: 2). Die Anzahl der Gemeinden erhöhte sich seit 1996 von 145 auf 151. Der PCC konnte keinen Bürgermeister stellen.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen erreichte der PLC 41,5 Prozent, der FSLN 40,3 Prozent, der PC 13,3 Prozent und der PCC, 4,4 Prozent.

Bezogen auf alle Wahlberechtigten betrug die Wahlenthaltung im Landesdurchschnitt jedoch 44,2 Prozent.

Gegenüber den Präsidentschaftswahlen von 1996 musste der PLC Verluste von 9,5 Prozent hinnehmen, während der FSLN 2,6 Prozent hinzugewann.

Allgemein wurde das Wahlergebnis als Niederlage und „Abstrafung“ für die von Korruptionsfällen geschüttelte liberale Regierungspartei, insbesondere für deren Präsidenten Aleman, gewertet, auch wenn der PLC bis zum Jahre 2004 in 94 Gemeinden den Bürgermeister stellen wird.

Der Verlust der Hauptstadt und weiterer fünf Departementshauptstädte traf die Partei hart. Die hohe Wahlenthaltung hat sich insbesondere auf diese Partei ausgewirkt.

Dieses für den FSLN positive Ergebnis beflügelte den Generalsekretär der FSLN, Daniel Ortega, sich wieder als Präsidentschaftskandidat, nun zum dritten Male, für die nationalen Wahlen am 4. November 2001 zu empfehlen.

■ **Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 4. November 2001**

Ein Jahr nach den Kommunalwahlen am 5. November 2000 wurden nun am 4. November 2001 die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt:

Nach Informationen des Obersten Wahlrates (CSE) sind 2 969 680 Bürger wahlberechtigt, unter der Voraussetzung, dass sie alle über ihren gültigen Personalausweis verfügen, dessen Besitz für die Teilnahme an den Wahlen Voraussetzung ist.

Abzüglich der Wahlberechtigten, die zur Arbeitssuche das Land verliessen (z.B. sollen sich allein in Costa Rica 600 000 Nicaraguaner aufhalten, davon ca.

ein Viertel wahlberechtigt) sowie derjenigen, die inzwischen verstorben sind (ca. 90 000). 192 000 Wahlberechtigte konnten nicht zur Wahl gehen, da sie noch über keinen Personalausweis verfügten. Dadurch reduzierte sich die Anzahl der Wahlberechtigten auf 2 372 000 Bürger. Die Wahlenthaltung wurde – basierend auf den Wahlumfragen – auf 15 bis 20 Prozent geschätzt. Der Oberste Wahlrat ging deshalb davon aus, dass zwischen 1,9 und 2,1 Millionen Bürger die Wahlurnen aufsuchen würden. An den Kommunalwahlen vom November 2001 beteiligten sich 1 550 000 Wähler bei einer Wahlenthaltung von 44,2 Prozent.

Das Wahlgesetz schreibt vor, dass jedes Wahllokal nur maximal 400 Wähler empfangen darf, was bedeutet, dass auf das ganze Land verteilt 9502 Wahllokale eingerichtet werden mussten. Jeder Wähler erhielt vier Wahlzettel in verschiedenen Farben: blau für den Präsidenten und Vizepräsidenten, violett für 20 nationale Abgeordnete, grau für die 70 Abgeordneten aus den 17 Departamentos, braun für die 20 Abgeordneten für das zentralamerikanische Parlament (Parlacen).

Jeder Wähler hatte auch die Möglichkeit quer zu wählen, z.B. den Präsidentschaftskandidaten der Liberalen zu wählen, jedoch den sandinistischen Bewerbern um einen Parlamentssitz seine Stimme zu geben.

An den Präsidentschaftswahlen 1996 nahmen noch insgesamt 23 Parteien und Wahlbündnisse teil. Hinzu kamen 56 freie Wählergruppen auf kommunaler Ebene. Die politische Landschaft wurde dadurch selbst für Fachleute sehr unübersichtlich. Durch das neue Wahlgesetz hat sich die Parteienlandschaft drastisch reduziert. Wie bereits bei den Kommunalwahlen können nun auch bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nur noch drei Parteien (bzw. Parteienbündnisse) zur Wahl antreten:¹⁾

- der PLC (Partido Liberal Constitucionalista), in Allianz mit dem Partido Camino Cristiano (PCC) und dem Partido de Resistencia de Nicaragua (PRN),
- der FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional), in Allianz mit zehn kleinen Parteien in der Convergencia Nacional,
- der PC (Partido Conservador).

1) An der dünnbesiedelten Atlantikküste nehmen auf die Nord- und Südregion begrenzt zusätzlich zwei ethnische Parteien an den Wahlen teil: PAMUC (Partido Movimiento de Unidad Costeña del Atlántico Norte (RAAN) und YATAMA. Für diese beiden Regionen können laut Wahlgesetz fünf Abgeordnete gewählt werden.

■ Der Wahlverlauf

Der Partido Liberal Constitucionalista (PLC)

Der PLC war für die nationalen Wahlen schon sehr früh eine Allianz mit dem PCC eingegangen, der sonst eigenständig nicht an den Wahlen hätte teilnehmen können. Wenig später schloss sich ein Teil des PRN (Partido Resistencia de Nicaragua), die ehemaligen Contras, der liberalen Partei an. Kleine Absplitterungen der Sozialdemokraten (PSD) und der Christdemokraten (PSC) unterstützten ebenfalls den PLC. Auch einzelne Persönlichkeiten wie der Sandinist Moises Hassan, der 1979 der siebenköpfigen Junta angehörte, bekannten sich zum PLC. Als Präsidentschaftskandidat der Liberalen wurde der wohlhabende, integre und angesehene Unternehmer und bisherige Vizepräsident Enrique Bolaños aufgestellt, den viele als Marionette des immer noch starken Präsidenten Alemán ansehen.

Würde die Verfassung nicht die unmittelbare Wiederwahl verbieten, so hätte sich der amtierende Präsident selbstredend für eine zweite Periode zur Verfügung gestellt. Dank der Wahlrechtsänderung wird er nun als Abgeordneter automatisch in das Parlament einziehen und dank parlamentarischer Immunität vor gerichtlicher Verfolgung sicher sein. Er hat bereits selbst angekündigt, Präsident des nächsten Parlaments werden zu wollen, von wo aus er den von ihm gewünschten Präsidenten gut steuern könnte. Für das Jahr 2006 möchte er dann wieder für die Präsidentschaft kandidieren. Enrique Bolaños stand als Vizepräsident stets im Schatten des Präsidenten Alemán, politische Erfolge kann er nicht vorweisen. Er hatte zwar den Vorsitz der staatlichen Kommission für Korruption und Integrität inne, hat jedoch gegen die Korruption in der eigenen Regierung zu keiner Zeit etwas unternommen. Er wirkte als Kandidat blass und nicht überzeugend.

Bolaños tat sich schwer, eine Distanz zu Alemán aufzubauen. Bei einem Wahlsieg – so versprach er – wird er ebenfalls schärfer gegen die Korruption vorgehen. In seinem Wahlprogramm verkündete er, dass in seiner Regierung niemand über dem Gesetz stehen werde: nicht Enrique Bolaños, nicht Daniel Ortega, nicht Arnoldo Alemán etc. Der Hauptslogan von Bolaños lautete: „Si, se puede – más empleos“ (Ja, es geht,

mehr Arbeitsplätze). In seinem Regierungsprogramm und den zahlreichen Werbespots im Fernsehen bot er an: Unterstützung für die Campesinos, für die Kleinunternehmer, für die Exporteure, für den Tourismus, für die Investoren, mehr Bildung, Verbesserung des Gesundheitswesens, mehr Wohnungen, etc. Diese Programme sollen mit günstigen Kreditangeboten unterstützt werden. Seine Ausführungen endeten immer mit dem Hinweis: *Trato hecho* (abgemacht).

Neben den üblichen Werbespots und Zeitungsanzeigen von Bolaños sah sich der FSLN einer wahren Hetzkampagne seitens des PLC ausgesetzt. In den Werbespots wurde eine direkte Linie von Staatsterror der damaligen Zeit zu Ortegas Freundschaften mit Fidel Castro, Gaddafi und Saddam Hussein hergestellt. Diese Werbespots und Anzeigen wurden oft mit Decknamen versehen wie Asociación para la Democracia y la Paz oder waren von Einzelpersonen unterschrieben.

Die Convergencia Nacional angeführt vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)

Auf Grund des guten Wahlergebnisses des FSLN bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr gelang es dem Generalsekretär des FSLN, Daniel Ortega, obwohl er schon 1990 und 1996 die Wahlen verloren hatte, sich wieder als Präsidentschaftskandidat seiner Partei aufstellen zu lassen. Dies stieß bei weiten Teilen seiner Partei auf starke Kritik, denn die Partei benötigte dringend ein neues Image und neue Gesichter an ihrer Spitze. Fähige Politiker wie der Abgeordnete Victor Hugo Tinoco oder der Wirtschaftsexperte Alejandro Martinez Cuenca, die sich um die Präsidentschaft beworben hatten, konnten sich nicht durchsetzen. Nach seiner Wahl zum Präsidentschaftskandidaten warb Ortega Partner zum Aufbau einer Wahlallianz. Der naheliegendste war die Unidad Social Cristiana (USC), mit welcher der FSLN bereits im Vorfeld der Kommunalwahlen im letzten Jahr eine Convergencia Electoral Municipal eingegangen war.

Im Mai 2001 einigten sich der FSLN, die USC und der Movimiento de Unidad Cristiana (MUC) sehr schnell auf eine Convergencia Nacional. Dieser Allianz schlossen sich im Laufe der Monate weitere Parteien, politische Vereinigungen²⁾ und Einzelpersonen an. Es sollten möglichst viele gesellschaftliche und politische Gruppen eingebunden werden. Darin sind

2) Movimiento Arriba Nicaragua, Movimiento Renovador Sandinista, Movimiento de Conservadores Tradicionalistas, Resistencia Nicaragüense, Movimiento Indígena de la Región Autónoma del Atlántico Norte, Movimiento Nosotros Podemos, Movimiento de Unidad Revolucionaria, Movimiento de Liberales Disidentes, etc.

auch ehemals erbitterte Feinde vertreten wie eine Abspaltung der Resistencia Nicaragüense oder ein Ableger der Sandinisten seit den Wahlen von 1996, der Movimiento Renovador Sandinista (MRS). Der ehemalige Präsident des MRS und frühere Vizepräsident unter der Regierung Ortega, Dr. Sergio Ramirez, hat sich aus der Politik gänzlich zurückgezogen und widmet sich seither ganz seiner schriftstellerischen Tätigkeit. Sergio Ramirez hat zusammen mit der ehemaligen Sandinistin und renommierten nicaraguanischen Schriftstellerin Gioconda Belli und dem früheren Erziehungsminister Ernesto Cardenal eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie die Sandinisten angreifen und ankündigen, aus Respekt gegenüber der Demokratie nicht zur Wahl zu gehen.

Als Einzelperson angeschlossen hat sich der Convergencia auch der sehr populäre ehemalige Boxweltmeister Alexis Argüello, der in drei Gewichtsklassen im Zeitraum zwischen 1974 und 1981 die Weltmeistertitel erringen konnte. Er wäre in einer Regierung Ortega/Jarquín Sportminister geworden.

Alle Parlamentskandidaten gehören dem FSLN an, die anderen Mitglieder der Convergencia sind nicht vertreten. Lediglich Agustín Jarquín als Präsident der USC wurde als Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Convergencia vom FSLN akzeptiert. Er sollte als ehrenhafter und aufrechter Politiker neue Wählerschichten für die Convergencia erschließen. Er sollte außerdem ausländische Geldgeber beschwichtigen und als Garant für seriöses und vor allem korruptionsfreies Regieren auftreten.

Die Convergencia Nacional unterschrieb mit den Partnern der Wahlallianz am 1. Oktober ein gemeinsames Dokument, in dem sie sich auf Positionen einigte wie *Demokratisierung der Institutionen* (Parlament, Gemeinden, Autonomie der Atlantikküste, Stärkung des Menschenrechtsprokurates, Chancengleichheit für Frauen), *Änderung des Wahlgesetzes, Entpolitisierung und Stärkung der Justiz, Verbesserung der Sicherheit des Bürgers, Verabschiedung von Gesetzen für mehr Bürgerbeteiligung* (Förderung von Plebisziten, Referenden, Bürgerzusammenkünfte, Stärkung des nationalen Planungsrates für Wirtschaft und Soziales, Gründung des Nationalen Rates für Verbraucherschutz, Ständige Kommissionen von NGOs, etc.).

Am 16. Oktober lud Agustín Jarquín zu einer öffentlichen Veranstaltung ein, bei der er den von ihm ausgearbeiteten Plan Anticorrupción del Gobierno de la Convergencia Nacional vorstellte. Im Rahmen des 20 Punkte umfassenden Programms soll u.a. ein Gesetz verabschiedet werden, das vorsieht, überhöhte Gehalts- und Diätenzahlungen an Präsident, Vizepräsident, Minister, Bürgermeister und staatliche Angestellte stark zu reduzieren und der nicaraguanischen Realität anzupassen, über Ausgaben und Einnahmen des Staates eine stärkere Kontrolle auszuüben und die nachlässige und unverantwortliche Handhabung der Steuererhebung sowie die leichtfertige Behandlung von Privatisierungen gänzlich auszuschließen.

Der Hauptslogan der Convergencia lautete „Die Liebe ist stärker als der Hass“ und die Botschaft versprach mit dem aus der Bibel geliehenen Spruch, Nicaragua in die *Tierra Prometida* (das gelobte Land) zu führen. Im gelobten Land zu leben, heißt, in Frieden und Liebe zusammenzuleben, wo es genügend Schulen und Arbeitsplätze gibt. „Jetzt und mit Gottes Hilfe schaffen wir eine Regierung für alle [...] regieren wir mit Liebe!“ – Hinter diesem blumigen und gleichzeitig nichtssagenden Slogan stand die Ehefrau von Daniel Ortega, Rosario Murrillo, die als Wahlkampfmanagerin des FSLN agierte. Statt der gewohnten Parteifarben Rot und Schwarz hatte sie es durchgesetzt, dass nun die Farbe Pinkrosa die Straßenpropaganda beherrschte. Die Sandinisten (aber auch der PLC) schreckten nicht davor zurück, Leitungsmasten und sogar die Palmen an den Straßenrändern mit ihrer jeweiligen Parteifarbe zu bepinseln. Auf Wahlplakaten mit pinkfarbenem Hintergrund und gelben Hippiblümchen sowie Zeitungsanzeigen wurde der Name Daniels in Regenbogenfarben geschrieben. Während die Convergencia wegen der unrühmlichen Vergangenheit Daniel Ortegas stets scharf von den Liberalen angegriffen wurde, gab sich Ortega versöhnlich und einsichtig und schlug nie in gleicher Weise zurück.

Der Partido Conservador (PC)

Trotz einer stürmischen Entwicklung dieser Partei bei den Kommunalwahlen war der Partido Conservador bis Juli auf dem besten Wege, eine dritte Alter-

native zwischen den beiden starken Polen PLC und FSLN zu werden. Nach den Kommunalwahlen ergaben sich jedoch Streitigkeiten mit dem damaligen Präsidenten des PC, Pedro Solorzano, der schon als Präsidentschaftskandidat des PC vorgesehen war.

Der Fall Solorzano hatte für Schlagzeilen gesorgt, als er zwei Monate vor den Kommunalwahlen vom 5.11.2000 sich nicht mehr für den PC um das Amt des Bürgermeisters von Managua bewerben konnte, da er plötzlich nicht mehr Bürger dieser Stadt war: Die Regierung hatte die Stadtgrenze von Managua auf km 12,9 vorverlegt (vorher km 15), Solorzano wohnt auf 13,5. Damit war er „ausgegrenzt“. Bei allen Umfragen hatte Solorzano mit großem Vorsprung vor den anderen Kandidaten geführt.

Im Frühjahr 2000 verließ Solorzano den PC. Neuer Präsidentschaftskandidat wurde nun Noel Vidaurre, der bereits 1996 in gleicher Funktion für den PC angetreten war. Vizepräsidentschaftskandidat wurde Antonio Alvarado (Innen-, Bildungs- und Verteidigungsminister in der Regierung Alemán), der nach Streitigkeiten mit Alemán den Partido Liberal Democrático gegründet hatte. Doch der Oberste Wahlrat (CSE) lehnte die Kandidatur von Alvarado mit der Begründung ab, die Rückgabe seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft sei nicht korrekt vollzogen worden.

Diese Entscheidung rief große Empörung bei der Bevölkerung hervor und der Oberste Wahlrat erlitt einen weiteren Vertrauensverlust.

Der PC bestellte nun Carlos Tünnermann, einen angesehenen Universitätsprofessor und Präsidenten von „Etica und Transparencia“ zu seinem Vizepräsidentschaftskandidaten. Antonio Alvarado übernahm die Wahlkampforganisation.

Im August kam es dann zum Eklat: Dieses „Dreiergespann“ trat geschlossen zurück. Streitigkeiten in der Partei sowie Druck des amerikanischen Botschafters sollen die Gründe dafür gewesen sein, denn der PC würde dem PLC Stimmen wegnehmen und damit den Sandinisten zum Sieg verhelfen. Bis zu diesem Zeitpunkt lag der PC bei den Umfragen zwischen 15 und 20 Prozent. Der PC raffte sich erneut auf und benannte nun den Universitätsprofessor Dr. Alberto Saborío zum Präsidentschaftskandidaten und die Unternehmerin Consuelo Sequeira zur Vizepräsidentschaftskandidatin. Die beiden bemühten sich in der

noch verbleibenden Zeit redlich, ihrer Partei ein Profil zu verleihen, dennoch kamen sie bei den letzten Umfragen gerade noch auf ca. drei Prozent.

Dr. Saborío bezeichnete es als „selbstmörderisch“, der liberalen oder der sandinistischen Partei, die ja beide für den unseligen Pakt zuständig sind, die Stimme zu geben. Wer die Liberalen wähle, prämiere die Korruption.

Ihm sei es deshalb ein wichtiges Anliegen, gegen Korruption und Straffreiheit zu kämpfen.

Die wirtschaftlichen Versprechen können nicht eingehalten werden

Wie in allen bisherigen Wahlkämpfen werden den Wählern viele Versprechungen gemacht. Die Kandidaten versprechen mehr Wohnung, Arbeit und Bildung. Jedoch sind sich alle Wirtschaftsfachleute einig, dass, gleich welcher Kandidat auch gewählt wird, diese Versprechungen auf Grund der wirtschaftlichen Situation niemals eingehalten werden können.

Wahlversprechen von FSLN und PLC³⁾

Mit der Senkung der Mehrwertsteuer von 15 auf zehn Prozent will die Convergencia die Kaufkraft der Bevölkerung umgehend erhöhen und damit letztlich die Produktion steigern und mehr Arbeitsplätze schaffen. Eine Senkung hat aber nur einen Sinn, wenn gleichzeitig die Steuersumme erhöht werden kann. Die überhöhten Gehälter und Diäten (megasalarios), die bei einigen Ministerien 20 000 US-Dollar betragen, sollen auf 5000 US-Dollar reduziert werden.

Die Ankündigung, 950 000 Arbeitsplätze zu schaffen, ist unrealistisch, wenn die Exporte nicht gesteigert werden können. Dies verlangt jedoch private Investitionen, kombiniert mit öffentlichen Investitionen. Im Jahre 2000 betragen die Exporte 600 Millionen US-Dollar, die Importe 1600 Millionen US-Dollar.

Die Zentralbank verfügt über nur geringe Devisenreserven, durch die Bankenzusammenbrüche im Jahre 2000/2001 büßte der Staat mindestens 400 Millionen US-Dollar ein.

Die Versprechen beider Parteien sind überzogen und auch bei großzügiger internationaler Hilfe nicht finanzierbar.

3) Confidencial, Nr. 263, S. 9

4) Dieser Bonus besteht aus folgenden Teilen: eine Kuh, ein Schwein, fünf Hühner, ein Hahn, ein Futtersilo, eine kl. Anlage für Bewässerung, Samen für Getreide, Gemüse, Pflanzen für Obstbäume, Dünger, Materialien für Stallbau, etc. Die Gründung eines Rotationsfonds ist Voraussetzung.

FSLN	PLC
<ul style="list-style-type: none"> – Schaffung von 950 000 Arbeitsplätzen 	<ul style="list-style-type: none"> – Gewährleistung von 1500 Kilometern asphaltierter Strassen in gutem Zustand
<ul style="list-style-type: none"> – Aushändigung eines Nahrungsmittel-produktionsbonus an ca. 120 000 Bauernfamilien im Wert von 1500 US -Dollar⁴⁾ 	<ul style="list-style-type: none"> – Bereitstellung von ca. 82 Millionen US-Dollar für die Versorgung von rund 160 000 Bauernfamilien mit Strom
<ul style="list-style-type: none"> – Senkung der Mehrwertsteuerrate von 15 Prozent auf zwölf Prozent im Verlauf der ersten drei Mandatsjahre, und von zwölf auf zehn Prozent in den verbleibenden zwei Jahren, sofern es die öffentlichen Finanzen erlauben. – Senkung der Einkommenssteuer von 25 auf 20 Prozent 	<ul style="list-style-type: none"> – Gewährung von Krediten für insgesamt 200 000 Kleinproduzenten (ca. 50 000 pro Jahr), Bau von 20 000 Metallsilos pro Jahr
<ul style="list-style-type: none"> – Errichtung von 150 000 Wohnungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung von 50 000 ha Land für den Kaffeeanbau, womit die Schaffung von mindestens 40 000 neuen Arbeitsplätzen verbunden ist.
<ul style="list-style-type: none"> – Förderung der Schuldenrevisionspolitik der Produzenten gegenüber dem Finanzsystem 	<ul style="list-style-type: none"> – Bereitstellung von 260 Millionen Córdoba jährlich für die Abdeckung der kompletten Schulkosten im Grundschulbereich für ca. eine Million Kinder
<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung von Institutionen und Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung 	<ul style="list-style-type: none"> – Bereitstellung von 52 Millionen Córdoba für Immunisierungsprogramme und 156 Mio. Córdoba zur Ausrottung von Epidemien.
<ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung der überhöhten Diäten, – Einführung einer realitätsnaheren Lohnpolitik für Regierungstätter und autonome Institutionen 	<ul style="list-style-type: none"> – Bereitstellung von 520 Millionen Córdoba für den Bau von bis zu 100 000 Wohnungen für ca. 100 000 Familien in ländlichen Zonen mit extremer Armut.
<ul style="list-style-type: none"> – Schaffung einer speziellen Kommission zur Erlangung von ausländischen Investitionen für strategische Schlüsselpositionen, die sich sofort und nachhaltig auf das Industrie-Exportwachstum auswirken. 	

Meinungsumfragen

Insgesamt wurden von sieben Institutionen Wahlumfragen im Zeitraum von Februar bis Oktober 2001 durchgeführt.

Von den 28 Umfragen sahen 17 bis einschließlich Juli den Kandidaten des FSLN in Führung mit einem Vorsprung von drei bis acht Prozent, ab August und September dann mit einer Differenz von zwei bis drei Prozent gegenüber dem Kandidaten des PLC, Enrique Bolaños. Die Institution Borges y Asociados war die einzige Firma, die in drei Umfragen den liberalen Kandidaten Enrique Bolaños mit einem Abstand von zwei bis drei Prozent vorn liegen sah. Auch bei zwei Umfragen von CID-Gallup im Oktober lag Enrique Bolaños vor Ortega. Doch alle Umfrageninstitute betonten, dass bei den Umfragen mit einer Fehlerquote von ca. drei Prozent zu rechnen sei. Diese könnte zum Vorteil sowohl des einen wie des anderen Kandidaten ausschlagen. Fast einhellig sprachen die Institute deshalb von einem *empate técnico* (Kopf-an-Kopf-Rennen).

Das nicaraguanische Institut Centro de Investigaciones y Asesoría Socio-Económica (CINASE) fasste die verschiedenen Umfrageergebnisse der letzten vier Monate zusammen und kam zu folgender Wahlprognose für den 4.11.2001:

Enrique Bolaños erreicht zwischen	44,80 und 49,30 Prozent
Daniel Ortega	47,59 und 52,19 Prozent
Alberto Saborío	2,20 und 3,80 Prozent.

Es wurde mit einer Wahlenthaltung von bis zu 20 Prozent gerechnet, sechs bis sieben Prozent der Wähler waren bis kurz vor den Wahlen immer noch unentschieden.

Nach diesen Ergebnissen hätte Daniel Ortega die besseren Aussichten gehabt zu gewinnen.

80 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich weder von der Religion, der Erklärung des amerikanischen Botschafters und Kongressabgeordneten der USA, noch von der Negativ-Kampagne der Liberalen gegen den Kandidaten der sandinistischen Partei in ihrer Entscheidung beeinflussen liessen.

Die Hauptprobleme Nicaraguas

Fehlende Arbeitsmöglichkeiten und die ausufernde Korruption – das sind zwei der gravierendsten Pro-

bleme und Sorgen, die in den Köpfen der nicaraguanischen Wähler kreisten und die sie zweifellos am Tag der Stimmenabgabe zum Wahllokal begleiteten.

Das bestätigte die letzte Umfrage, die am 31. Oktober das Nicaraguanische Institut für Meinungsumfragen (IEN) vorstellte. Auffallend war, dass die Resultate in den Städten und auf dem Land sehr ähnlich waren, was bestätigte, dass die Bevölkerung hier und dort die gleichen Bedürfnisse und Probleme hat.

Von den 3270 Befragten wurde als das Hauptproblem das Fehlen von Arbeitsplätzen genannt, gefolgt von der Armut, die ihrerseits auch von den Befragten als Folge der Arbeitslosigkeit verstanden wird. Als nächstgravierendstes Problem wurde die starke Korruption genannt, des Weiteren wurde die politische Instabilität des Landes als besorgniserregend aufgeführt.

43,5 Prozent waren der Meinung, dass der Kandidat der Convergencia, Daniel Ortega, sich eher um die Belange der Armen kümmern würde, während der liberale Kandidat in dieser Hinsicht nur 34,5 Prozent der Stimmen bekam. Von Ortega glaubten 43,6 Prozent der Befragten, dass er nach einem Wahlsieg an der Schaffung von Arbeitsplätzen arbeiten würde, während das von Bolaños lediglich 37,4 Prozent annahmen.

Nur bei der Frage, wer von den beiden Spitzenkandidaten mehr Vertrauen für ausländische Investitionen erwecken würde, führte Enrique Bolaños (41,4 Prozent) knapp vor Daniel Ortega (40,3 Prozent).

Einflussnahme der USA und der Katholischen Kirche

Die USA nahmen – insbesondere seit dem 11. September – verstärkten Einfluss auf den Wahlkampf in Nicaragua.

Der Botschafter in Nicaragua, Oliver Garzas, hatte mehrfach geäußert, dass die USA zwar ein demokratisches Wahlergebnis anerkennen würden, jedoch nach wie vor starke Bedenken gegen eine Präsidentschaft Ortegas hätten.

Außerdem würden sehr viele amerikanische Bürger noch immer darauf warten, dass ihnen das unter den Sandinisten enteignete Eigentum wieder zurückerstattet würde.

Am 29. Oktober wurde in der Tageszeitung *La Prensa* ganzseitig ein offener Brief abgedruckt, als

Blickfang in dicker roter Schrift „GEORGE W. BUSH“, darunter in kleiner Schrift „der Bruder des Präsidenten der Vereinigten Staaten [...] unterstützt Enrique Bolaños“. Tatsächlich handelte es sich um einen offenen Brief von Jeff Bush, dem Gouverneur von Florida, in dem er Daniel Ortega als Feind der Vereinigten Staaten und als Freund der Feinde der USA bezeichnete. Enrique Bolaños pries er als exzellente Führerpersönlichkeit Nicaraguas.

Kardinal Miguel Obando y Bravo lud zwei Tage vor den Wahlen zu einer *Misa por la Paz* in die Kathedrale der Hauptstadt ein. Der immer noch sehr einflussreiche Erzbischof von Managua sagte in seiner Predigt, es sei die Pflicht eines jeden Christen, neben den inhaltlichen Aussagen auch die politische Vergangenheit der Kontrahenten zu berücksichtigen. Außerdem dürfe das Verhalten der Präsidentschaftsanwärter im privaten Bereich nicht vergessen werden. Damit hatte er seine Ablehnung Daniel Ortegas klar ausgedrückt.

Starke Präsenz von Wahlbeobachtern und Militär am Wahltag

Auf Grund des schon erwarteten knappen Wahlausgangs (*empate técnico*) bestanden Befürchtungen, der Verlierer könnte die Niederlage nicht anerkennen und es könne zu Ausschreitungen kommen. Es wurden daher umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Neben der Polizei wurde auch das Militär zur Bewachung der Wahllokale eingesetzt. Insgesamt waren 16 000 Polizisten und Soldaten am Wahltag im Einsatz. Hinzu kamen 9800 „Wahlpolizisten“, die von der Polizei und dem CSE eigens für die Wahlüberwachung ausgebildet wurden. 3000 internationale Wahlbeobachter wurden akkreditiert, aus Europa, USA, Kanada und Lateinamerika. Als nationale Beobachter wurden 9500 Personen bestimmt. Insgesamt waren dieses Jahr fünfmal so viele Beobachter wie bei den Wahlen von 1990 und doppelt so viele wie bei den Wahlen von 1996 im Einsatz.

■ Die Wahlergebnisse

Präsidentschaftswahl

Der Kandidat des PLC (Partido Liberal Constitucionalista), Enrique Bolaños, schlug den Kandidaten der

Convergencia Nacional, Daniel Ortega, entgegen allen Wahlprognosen, unerwartet hoch, mit einem Vorsprung von 14 Prozent. Weit abgeschlagen dahinter der Kandidat des PC (Partido Conservador), Alberto Saborrío.

Übersicht 1:

Kandidat	2001	1996
Enrique Bolaños (PLC)	56,31%	51% (Arnoldo Alemán)
Daniel Ortega (FSLN – Convergencia)	42,28%	37,70% (Daniel Ortega)
Alberto Saborrío (PC)	1,41%	2,20% (Noel Vidaurre)

Die Tabelle zeigt, dass sowohl der PLC als auch der FSLN (in der Convergencia) im Vergleich zu den nationalen Wahlen im Jahre 1996 jeweils einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen kann. In der nachstehenden Übersicht wird diese Entwicklung noch mehr verdeutlicht.

Übersicht 2:

	1990	1996	2000 ¹⁾	2001
PLC		896289	636865	1216843
		50,99 %	41,56 %	56,31 %
FSLN	580000	665142	617921	915417
	40,83 %	37,84 %	40,30 %	42,28 %
UNO ²⁾	777606			
	54,74 %			
PC		40096	203845	29933
		2,2 %	13,3 %	1,41 %

- 1) Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 5.11.2000.
- 2) UNO – Unión Nacional Opositora, die die Wahl von Violeta Chamorro unterstützte.

Der PLC konnte gegenüber den Wahlen von 1996 320574 Stimmen (36 Prozent mehr), der FSLN 297496 Stimmen (45 Prozent mehr) hinzugewinnen.

Der Partido Conservador (PC) verlor laut Verfassung seine juristische Persönlichkeit, da er bei der Wahl zum Präsidenten die Vier-Prozent-Klausel nicht überspringen konnte.

Parlamentswahlen

Bei den Wahlen zum Parlament ergab sich durch die Möglichkeit, dass der Wähler seine Stimme Abgeordneten anderer Parteien geben konnte (*voto cruzado*)

ein anderes Bild, dass zugunsten des Partido Conservador (PC) etwas besser ausfiel.

Gewählt wurden 20 Abgeordnete über die nationale Liste sowie 70 Abgeordnete aus den 17 Departamentos.

Übersicht 3:

	Stimmen	%	Anzahl der Sitze
PLC national	1 144 182	53,48	
regional	113 287	52,95	52
FSLN national	905 589	42,33	
regional	901 254	41,93	37
PC national	99 673	4,66	
regional	105 130	4,89	1
Insgesamt			90 ¹⁾

1) Zusätzlich gibt es einen Sitz für den Ex-Präsidenten Arnaldo Alemán, der verfassungsmäßig garantiert ist. Ein weiterer Sitz fällt ebenfalls laut Verfassung an den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Daniel Ortega. Dadurch ergeben sich insgesamt 92 Sitze.

Der Oberste Wahlrat wies einen Protest der Sandinisten zurück, die zwei weitere Abgeordnetensitze für sich reklamierten.

Auch wenn sich die Anzahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien noch verschieben sollte, der PLC erreichte auf jeden Fall die absolute Mehrheit im Parlament.

Die Wahl zum zentralamerikanischen Parlament

Gleichzeitig mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurden auch die Abgeordneten für das zentralamerikanische Parlament (Parlacen) neu bestimmt.

Die Verteilung der Sitze fiel prozentual ähnlich aus wie die Wahlen zum nationalen Parlament.

Übersicht 4

	%	Anzahl der Sitze
PLC	53,40	11
FSLN	42,11	8
PC	4,49	1

Hohe Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung war entgegen den Prognosen überraschend hoch. Sie betrug 92 Prozent. Bei den Kommunalwahlen im November 2000 hatte sie nur 56 Prozent betragen. Das prognostizierte Kopf-an-Kopf-Rennen sowie die Panikmache der Kandidaten vor einem Wahlsieg des anderen hatten offensichtlich entsprechend gewirkt.

■ **Schlussbemerkungen**

Viele politische Beobachter waren sich darin einig, dass weder Enrique Bolaños noch Daniel Ortega als die idealen Kandidaten für das Präsidentenamt angesehen werden könnten. Die Überschrift eines Kommentars lautete: „Wer auch immer gewinnen möge, Nicaragua wird verlieren.“ Die landläufige Meinung lautete, wenn Bolaños gewänne, würde dies ein politisches Chaos heraufbeschwören (wegen der Abhängigkeit vom ehemaligen Präsidenten Alemán, jetzt mit Sitz im neugewählten Parlament), gewinne andererseits Ortega, würde es ein wirtschaftliches Chaos geben (da er in- und ausländische Investoren abschrecken würde).

„Die Nicaraguaner werden am Wahltag zwischen Furcht und Misstrauen“ wählen, schrieb die Fernsehjournalistin von CNN, Maria Elena Salinas, in der Tageszeitung *La Prensa*.

Die Wähler würden am Wahltag dazu genötigt, ein „Votum der Angst oder ein Votum der Strafe“ abzugeben; Angst vor einer drohenden wirtschaftlichen Krise und Rückfall in alte Zeiten oder Abstrafung wegen der vielfältigen Korruptionsvorfälle der amtierenden Regierung.

Entgegen allen Befürchtungen kam es am Tag der Wahl zu keinerlei Ausschreitungen oder Demonstrationen. Dazu beigetragen hat das schnelle Eingeständnis der Niederlage von Daniel Ortega, als erst fünf Prozent der Stimmen ausgezählt waren. Ortega, der nun seine dritte Wahlniederlage (nach 1990 und 1996) akzeptieren musste, versprach eine konstruktive Oppositionspolitik.

Der neugewählte Präsident, Enrique Bolaños, der am 10. Januar 2002 sein Amt antritt, steht vor großen Herausforderungen. Dazu gehören vorrangig die Be-

kämpfung der Armut, der Korruption und die Stärkung der Institutionen.

Um seine Versprechen erfüllen zu können wie z.B. Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, verbilligtes Kreditprogramm für Bauern, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Erhöhung der Gehälter von Lehrern etc., benötigt Bolaños dringend internationale Hilfe sowie die baldige Aufnahme in die Liste der höchstverschuldeten Länder der Welt (HIPC).

Nicaragua steckt in einer tiefen sozialökonomischen Krise, die Staatskassen sind leer, der neue Präsident wird in den nächsten fünf Jahren mit großen politischen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert.

■ Quellenhinweise

Tageszeitungen: *La Prensa*, *El Nuevo Diario*

Wochenzeitungen: *Confidencial*, *Tiempos del Mundo*

Monatszeitschrift: *Envío*, *Revista de la Universidad Centroamericana (UCA)*,

Grupo Cívico Etica y Transparencia, *Elecciones Nacionales 2001, Informe preliminar*, Nov. 2001.

Ley Electoral (Ley No. 331), *La Gaceta*, Diario Oficial, 24. Jan. 2000.

C. Trusen, „Die Wahlen in Nicaragua vom 20.10.1996“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 12/96, S. 63–84.

H. Teuchler, „Nicaragua am Kreuzweg“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 11/95, S.1–12.

H. Teuchler, „Nicaragua – drei Jahre nach dem Wahlsieg von Violeta Chamorro“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 6/93, S. 1–19.